
Monatliche Mitteilungen

Aktionswoche im Januar

Anfang Januar hatten der DBV und seine Landesverbände zu einer Aktionswoche aufgerufen. Das Ergebnis war eine noch nie dagewesene Medienpräsenz für die Landwirtschaft, die sehr positiv verlaufen ist. Präsident Rukwied konnte sich dabei immer wieder zu Wort melden. Er wies immer wieder auf die Schwierigkeiten hin, die diese zusätzliche Belastung im Bereich Obst, Gemüse und Sonderkulturen mit sich bringt.

Den Abschluss der Aktionswoche bildete am 16. Januar der Auftritt von Bundesfinanzminister Lindner. Die Rede war sehr ernüchternd und hat auch aus Sicht des BOG nicht den richtigen Ton getroffen. Dennoch war es auch aus unserer Sicht wichtig, auf Gespräche zu setzen, um an konkreten Lösungen zu arbeiten. Dafür hat die Grüne Woche dann den richtigen Rahmen gesetzt.

Grüne Woche

Nach der Aktionswoche und der Abschlussveranstaltung des Deutschen Bauernverbandes am Montag startete am folgenden Donnerstag, den 18. Januar, die Grüne Woche. In der Vorbereitung wurden zahlreiche Stakeholder zum Austausch eingeladen. Der Einladung zum politischen Dialog am Stand des DBV folgten viele Entscheidungsträger. In knapp 60 Politikrunden kamen die Bundesminister Lemke, Lindner, Özdemir, Stark-Watzinger, die Parteivorsitzenden Klingbeil, Lang und Merz, Mitglieder der Fraktionsvorstände von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD, der komplette Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages sowie zahlreiche Landesministerinnen und -minister aus den Ressorts Landwirtschaft, Umwelt, Wirtschaft und Verbraucherschutz.

Die Ampelparteien haben deutlich gemacht, dass sie gerne mit uns an Lösungen für Entbürokratisierung, Steuererleichterungen oder anderen möglichen Unterstützungswegen arbeiten wollen, sind aber von ihrer Steuererhöhung für Agrardiesel nicht abgerückt.

Jetzt müssen sich die politischen Vertreter an ihren Worten messen lassen. Als BOG werden wir Antworten suchen, um auf die Forderungen nach Entbürokratisierung vorbereitet zu sein, damit wir mögliche Erleichterungen in Deutschland (EU-Regelungen ausgenommen) für den Obst- und Gemüsebau erreichen können. In den Gesprächen wurde auch der Vorschlag der Gewinnglättung für landwirtschaftliche Betriebe angesprochen, der auch vom BOG unterstützt wird.

Bundeshaushalt 2024

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat am 18. Januar den Bundeshaushalt 2024 mit einem Ausgabenvolumen von 476,8 Milliarden Euro beschlossen. Das Auslaufen der Agrardieselrückerstattung wurde dabei nicht verändert. Die Beratungen im Bundestag beginnen am 30. Januar, wobei der Agrarhaushalt erst am Donnerstag verhandelt wird. Die dritte Lesung findet am Freitag, den 02. Februar statt. Danach folgt die Bestätigung im Bundesrat.

Da der Haushalt im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig ist, kann der Bundesrat - ob zustimmend oder ablehnend - die Entscheidung des Bundestages nicht aufhalten. Aus diesem Grund wird es nach der 3. Beratung voraussichtlich keine Änderungen durch den Bundesrat geben.

Neue Züchtungsmethoden

Derzeit wird der Gesetzesvorschlag zu den neuen Züchtungsmethoden (NGT / NBT) im Europäischen Parlament beschleunigt behandelt. Nachdem sich die Landwirtschaftsminister im Dezember nicht auf eine Position einigen konnten, wurde die Abstimmung über den Deregulierungsvorschlag auf den 24. Januar 2024 verschoben. Diese Abstimmung wurde mehrheitlich angenommen, so dass nun mit einer Debatte und Abstimmung im Parlament am 6. und 7. Februar gerechnet werden kann.

Wichtig ist, dass der Kompromiss des Deutschen Bauernverbandes zum Ausschluss der Patentierbarkeit von NGT-1-Pflanzen (erste Generation mit neuer Züchtungsmethode) angenommen wurde. Einschränkungen beim Einsatz von NGTs gibt es im ökologischen Landbau, wo sie weiterhin verboten sind. Außerdem ist eine Kennzeichnungspflicht vorgesehen. Für die Obst- und Gemüsezüchtung wären NGTs eine Möglichkeit, Züchtungserfolge um ca. 2 Jahre zu beschleunigen.

Ratspräsidentschaft Belgien

Belgien hat am 1. Januar 2024 die Ratspräsidentschaft übernommen, die bis Ende Juni dauern wird. Die belgische Regierung möchte sich während der Ratspräsidentschaft auf die Energie- und Klimawende in der EU konzentrieren. Auch der Agrar- und Ernährungssektor steht auf der Prioritätenliste. Im Programm heißt es, dass die Kosten, Vorteile und Risiken, die mit dem Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem verbunden sind, entlang der Lebensmittelkette gerecht verteilt werden müssen, um sicherzustellen, dass Landwirte und Fischer "Partner beim Übergang zur Nachhaltigkeit sind, die für ihre Anstrengungen gerecht entlohnt wer-

den und eine angemessene soziale Anerkennung erhalten". Inwieweit dies für den Obst- und Gemüsesektor eine Rolle spielen wird, ist noch nicht absehbar. Darüber hinaus werden im Präsidentschaftsprogramm die „Neuen Züchtungsmethoden“ sowie die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln (SUR) als weitere Diskussionspunkte klar benannt, die weiterverfolgt werden sollen. In Bezug auf SUR bleibt es jedoch bei der Aussage - gescheitert, aber nicht vergessen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die derzeit laufenden Versuche der Belgier hier etwas zu bewegen auch nur den Hauch einer Chance auf Erfolg haben.